

Februar 2021

Kurzbericht

Europabüro Brüssel

Mitgliedsstaaten stimmen sich zur Coronakrise und zu Sicherheitspolitik ab

Videokonferenz des Europäischen Rates am 25. und 26. Februar 2021

Dr. Hardy Ostry, Ludger Bruckwilder, Sophia Pena Pereira

Die monatliche Videokonferenz des Europäischen Rates erstreckte sich dieses Mal über zwei Tage. Am ersten Tag tauschten sich die Staats- und Regierungschefs über das weitere Vorgehen in der Coronapandemie aus. Dabei standen die Impfstrategie und die Debatte um sogenannte EU-Impfzertifikate im Vordergrund. Geprägt war der zweite Tag vom Besuch des NATO-Generalsekretärs und den Themen Sicherheit und Verteidigung sowie die südliche Nachbarschaft.

COVID-19

Aktuelle Lage

„Die epidemiologische Lage ist nach wie vor ernst“, so heißt es in der Abschlusserklärung des Europäischen Rates. In den anschließenden Pressekonferenzen sprachen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel von schwierigen Wochen, die noch vor uns liegen. Die Infektionszahlen sind in vielen Mitgliedsstaaten trotz Lockdown-Maßnahmen hoch. Dabei stellen die verschiedenen Virusvarianten eine besondere Herausforderung dar. Die britische Variante ist nun in 26 der 27 Mitgliedsstaaten angekommen, so von der Leyen. In Deutschland ist die britische Variante mittlerweile für über 20 Prozent aller Neuinfektionen verantwortlich.

Impfstrategie

Zu Beginn der Pressekonferenz betonte Michel, dass die Beschleunigung der Herstellung und Verteilung der Impfstoffe derzeit die „Top-Priorität“ sei. Der Rat unterstützt die Bemühungen der Kommission, die Produktionskapazitäten zu erhöhen. Von der Leyen erwähnte hier namentlich den Aufbau einer neuen Impfstoff-Fabrik in Marburg, die zukünftig eine Milliarde Dosen Impfstoff pro Jahr herstellen soll. Während der Videokonferenz präsentierte sie den Staats- und Regierungschefs ein Best-Case-Szenario, in dem die EU bis zum Ende des zweiten Quartals fast 600 Millionen Impfdosen erhalten könnte.

Kurz vor dem Gipfel wandten sich auf Initiative des polnischen Ministerpräsidenten, Mateusz Morawski, fünf Staats- und Regierungschefs (Polen, Belgien, Dänemark, Spanien und Litauen) mit einem Brief an Ratspräsident Michel, in dem sie sofortige Maßnahmen zur Unterstützung der in Europa ansässigen Impfstoffhersteller fordern, um die Impfstoffknappheit schnellstens zu beheben.

Unter der Leitung von EU-Kommissar Thierry Breton soll außerdem ein Aktionsplan und mittelfristig eine neue Behörde namens *Hera* zur Entdeckung mutierter Viren, der schnelleren Entwicklung und Zulassung von Impfstoffen und dem weiteren Aufbau von Impfstoffproduktionen dienen. Es gehe hier um die Frage, „wie Produktionskapazitäten entlang der gesamten Lieferkette möglichst innerhalb

der EU geschaffen werden können, um Impfstoffe zu produzieren“, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach der Videokonferenz.

Darüber hinaus erhöhten die Staats- und Regierungschefs den Druck auf die Impfstoffhersteller. Die Mitgliedsstaaten fordern die Hersteller auf, die vertraglichen Lieferfristen einzuhalten und mehr Transparenz zu schaffen.

Reisebeschränkungen

„Auf absehbare Zeit müssen nicht-notwendige Reisen eingeschränkt werden“, heißt es in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs. Erst Anfang dieser Woche erhielten Deutschland, Belgien, Dänemark, Finnland, Schweden und Ungarn Post von der Kommission. In dem Beschwerdebrief weist die Kommission auf die letzte Ratsempfehlung hin, in der die Entscheidung, Grenzen zu schließen, auf den Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und der Nicht-Diskriminierung beruhen sollen. Nach der Videokonferenz verteidigte Angela Merkel die Entscheidung des Krisenstabs der Bundesregierung, Einreisebeschränkungen und Kontrollen an den Grenzen zu Tirol und zur Tschechischen Republik eingeführt zu haben. Sowohl die Bundeskanzlerin als auch die anderen Staats- und Regierungschefs betonen, dass ein reibungsloser Waren- und Dienstleistungsverkehr im Binnenmarkt durch sogenannte „Green Lanes“ für Lastwagen sichergestellt werden müsse.

EU-Impfzertifikate

Das Thema Reisefreiheit beschäftigte die Staats- und Regierungschefs auch vor dem Hintergrund einer möglichen Einführung sogenannter EU-Impfzertifikate. Griechenlands Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis unterbreitete diesen Vorschlag der Kommission bereits vor der letzten Videokonferenz des Europäischen Rates Ende Januar. Mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz hatte Mitsotakis bereits im Vorfeld einen großen Unterstützer dieser Idee gefunden. Welche Daten dieser digitale Impfnachweis enthalten soll, wurde bereits von der Kommission und den Mitgliedsstaaten gemeinsam festgelegt. Die Mitgliedsstaaten sind nun aufgefordert, eigene nationale Impfausweise zu entwickeln. Die Kommission wird in der Zwischenzeit ein Gateway entwickeln, um auf europäischer Ebene die Kompatibilität und den Datenaustausch zwischen den verschiedenen nationalen Systemen zu garantieren. Um diese technischen Voraussetzungen zu schaffen, dauert es laut

der Kommission noch mindestens drei Monate. Trotz der wachsenden Zustimmung unter den Staats- und Regierungschefs, ist jedoch noch nicht geklärt, wie die Impfzertifikate letztendlich eingesetzt werden sollen, d.h. welche Erleichterungen gegebenenfalls damit verbunden sein sollen.

Solidarität mit Nachbarländern

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich ebenfalls darauf, weiterhin die globale Reaktion auf die Pandemie zu unterstützen. „Multilateral cooperation is key“, betonte Ratspräsident Michel. Als führender Geber im Rahmen der COVAX-Fazilität wird die EU weiterhin den Zugang zu Impfstoffen weltweit unterstützen. Charles Michel wiederholte ebenfalls seine Forderung nach einem internationalen Pandemie-Vertrag.

Resilienz der Gesundheitssysteme

Neben den kurzfristigen COVID-Maßnahmen stand ebenfalls eine Diskussion über die zukünftige Resilienz der Gesundheitssysteme auf der Agenda. In diesem Zusammenhang fordert der Rat die Kommission nun auf, „bis Juni 2021 einen Bericht über die Lehren aus der bisherigen Pandemie vorzulegen“.

Kommentar

Wie zu erwarten war, tauschten sich die Staats- und Regierungschefs am ersten Tag des Video-Ratsgipfels voranging über die Verbreitung der Virus-Mutationen und die Impfstrategie bzw. die Behebung des Impfstoffmangels aus. Im Anschluss an die Videokonferenz wurde nicht, wie sonst üblich, eine Schlussfolgerung, sondern lediglich eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, die jedoch keine großen Überraschungen beinhaltete. Dennoch birgt die Debatte um beispielsweise die Impfzertifikate weiterhin Streitpotenzial. Die politische Frage, was mit den Impfnachweisen letztendlich möglich sein könnte, bleibt weiterhin offen. Angela Merkel betonte, dass man sich darauf vorbereiten müsse, aber das Thema Reisefreiheit bei der derzeitigen geringen Impfquote kein Thema sei. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber (CSU), sieht darin allerdings die Gefahr, auf einen „bürokratischen Alptraum“ zuzusteuern, wenn man den Geimpften erst nachträglich einen Impfpass ausstellen sollte.

Nach der hitzigen Diskussion um die Verträge zwischen den Impfstoffherstellern hatte von

der Leyen Anfang Februar Fehler bei der Impfstoff-Beschaffung eingeräumt. „Rückblickend hätten wir stärker parallel über die Herausforderungen der Massenproduktion nachdenken müssen“, sagte sie in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung. Damit gab die Kommission offen zu, die Komplikationen bei der Produktion der Impfstoffe unterschätzt zu haben. Fraglich scheint allerdings auch, warum die Impfstoffhersteller Impfstofflieferungen vertraglich zusagten, ohne die ausreichende Produktionskapazität sicherzustellen. Im Austausch zwischen den Staats- und Regierungschefs waren sich alle Anwesenden einig, gemeinsam die Produktionskapazitäten der Unternehmen zu unterstützen. An dieser Stelle lässt sich auch sagen, dass der Vorwurf eines sogenannten „Impfdebakels“ eine relativ deutsche Perspektive ist. In vielen Mitgliedsstaaten überwiegt der Eindruck des Erfolgs einer fairen Impfstoffverteilung unter den EU-Partnern.

Sicherheit und Verteidigung & Südliche Nachbarschaft

Am zweiten Tag des virtuellen Treffens des Europäischen Rates standen zwei miteinander verbundene Themen auf der Tagesordnung. Zum einen Sicherheit und Verteidigung, zum anderen das Thema südliche Nachbarschaft. Zu ersterem war NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Kreis der Staats- und Regierungschefs zu Gast. Sein Besuch steht in direktem Zusammenhang mit der neuen US-Regierung unter Präsident Joe Biden. Mit der neuen Administration ist die starke Hoffnung verknüpft, das transatlantische Verhältnis wiederzubeleben und die Allianz auf neue Füße zu stellen. Der Auftritt von Biden bei der Münchener Sicherheitskonferenz vergangene Woche und die Teilnahme von US-Außenminister Antony Blinken am Außenministerrat der EU nährten diese Hoffnung zuletzt sehr konkret. Gleichzeitig setzt die „Rückbesinnung“ der USA auf die transatlantische Allianz, die EU unter Zugzwang, nun in außen- und sicherheitspolitischen Fragen kohärente Positionen zu formulieren und diese glaubhaft zu vertreten.

Das virtuelle Treffen mit Gast Stoltenberg diente konkret diesem Zweck. Der NATO-Generalsekretär und Ratspräsident Michel waren aus dem Ratsgebäude in Brüssel zu der Videokonferenz zugeschaltet. Vor Beginn der

Schalte gaben die beiden ein gemeinsames Doorstep-Statement vor der Presse ab. Stoltenberg hob hervor, dass „mehr als 90 Prozent der Menschen, die in der Europäischen Union leben, in einem Nato-Land leben“, sodass man mit den gleichen Herausforderungen und der gleichen Nachbarschaft konfrontiert sei. Es sei deshalb vollkommen klar, dass man zusammenarbeiten müsse. Michel unterstrich den Gedanken einer starken Partnerschaft ebenfalls. „Ich bin überzeugt, dass eine stärkere Europäische Union eine stärkere Nato bedeutet“, so der Ratspräsident.

Der anschließende Austausch zwischen dem Rat und dem NATO-Generalsekretär mündete schließlich in einem Abschlussstatement, das als Bekenntnis der EU-Staaten gelesen werden kann, innerhalb des transatlantischen Bündnisses und speziell für die Sicherheit Europas einen größeren Anteil an der Lastenteilung übernehmen zu wollen. Konkret heißt es in dem Statement, dass die EU mehr Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen muss und man sich auf die Zusammenarbeit mit der neuen US-Regierung freue. Diese Zusammenarbeit werde von einer starken EU im Feld Sicherheit und Verteidigung profitieren. Das veröffentlichte Abschlussstatement beinhaltet ebenfalls einen Punkt zu technologischen und industriellen Aspekten der Verteidigung. Der von der EU aufgelegte European Defense Fund hat das Ziel, gemeinsame Verteidigungstechnologien durch Forschung und Investitionen zu fördern. Vor diesem Hintergrund bittet der Rat die Kommission, zusätzlich bis Oktober 2021 eine technologische Roadmap zu entwerfen, in welcher Forschung, Entwicklung und Investitionen strategisch dargelegt werden sollen. Ratspräsident Michel erläuterte die Ergebnisse der Videokonferenz in der anschließenden Pressekonferenz nochmals konkreter und unterstrich, dass die EU entschlossen ist, außenpolitisch strategischer und autonomer zu agieren.

Obwohl auch das Thema südliche Nachbarschaft auf der Agenda des zweiten Tages des Videogipfels stand, fand dieser Themenkomplex wenig Beachtung. Im Abschlussstatement heißt es hierzu lediglich, dass man sich erneut zu den Beschlüssen des Rates vom Dezember 2020 bekenne und die Implementierung der jüngst vorgestellten EU-Strategie einer erneuerten Partnerschaft mit den Ländern der südlichen Partnerschaft begrüße.

Kommentar

Der zweite Tag des Videogipfels brachte unterm Strich wenig konkrete Beschlüsse hervor. Vielmehr ging von den Beratungen mit Jens Stoltenberg ein wichtiges strategisches Signal aus. Die EU Staats- und Regierungschefs sind sich darüber im Klaren, dass mit der neuen Biden-Administration ein neues Kapitel in den transatlantischen Beziehungen beginnt. Man ist einerseits erleichtert, wieder einen wirkli-

chen Partner zu haben, macht sich andererseits nichts vor, dass die Europäer sich nicht länger hinter einem belasteten Verhältnis zu den USA verstecken können, wenn es darum geht, Verantwortung für die Sicherheit und die Verteidigung Europas zu übernehmen. In diesem Zusammenhang war der Videogipfel ein Zeichen des *wir-haben-verstanden*. Allerdings werden sich die EU-Staaten daran messen lassen müssen, wie sehr sie den Worten konkrete Taten folgen lassen werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry

Leiter

Europabüro Brüssel

www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)